

Woffische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsst.) Dr. Carl Mirch, Oberbürgermeister der Stadt München, mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig, keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige 15 Pf.] - Nr 614

DONNERSTAG, 31. DEZEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Regierungstreffen in Lausanne

Beginn der Verhandlungen am 18. oder 20. Januar

1932 zur Volksgemeinschaft?

Von

Dr. h. c. KARL SCHARNACKL,

Oberbürgermeister der Stadt München und Mitglied des Bayerischen Landtages.

Der englische Vorkämpfer Sir George Hambold hat gestern beim Staatssekretär des Auswärtigen Dr. von Bülow vorgeschlagen, um ihn namens seiner Regierung vorzutragen, daß die Reparationskonferenz am 18. Januar zusammenzutreten und in Lausanne abgehalten werden soll. Die deutsche Regierung wird vermutlich heute schon dem englischen Außenminister mitteilen lassen, daß sie mit dem Termin und dem vorgeschlagenen Tagungsort einverstanden sei. Auch die englischen diplomatischen Vertreter in Frankreich, Belgien, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und Polen haben diesen Vorschlag ihrer Regierung unterbreitet. Von französischer Seite wird dagegen weiter der 20. Januar als Konferenzbeginn genannt.

Es ist danach gewiß, daß die internationale Regierungskonferenz in Lausanne abgehalten werden wird. Da nicht der Beginn der Konferenz um einige Tage hinausgeschoben werden wird, so hängt von dem Gange der Verhandlungen des Stillestehens-Komitees in Berlin ab. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen bis dahin abgeschlossen sein werden.

Um den Konferenzort für gewisse den Rabineten ein diplomatischer Kampf ausgefochten worden, der bedingt war durch die

Ueberführung der Reparationskonferenz mit der Tagung des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz. Am 26. soll der Völkerbund sich in Genf ver sammeln, am 2. Februar die Abrüstungskonferenz ebenfalls in Genf beginnen. Aus diesem Grunde wurde für die Reparationskonferenz ein größerer Ort in der Schweiz vorgeschlagen, damit jene Delegierten, die an beiden Konferenzen teilnehmen, möglichst bequem von einem Konferenzort aus den anderen erreichen können. Es waren Genf, Zürich und Luzern in Vorschlag gebracht. Ohne Lausanne hatte die deutsche Regierung ursprünglich Einwendungen erhoben, die Bedenken aber fallen gelassen. Man war sich in der Wilhelmstraße einig darüber, daß, wenn von den anderen Mächten Lausanne gewählt werden sollte, dieser Vorschlag akzeptiert werden könnte.

Eine formelle Einladung zu der Konferenz ist erst zu erwarten, wenn eine allgemeine Vereinbarung über Lausanne als Tagungsort erreicht ist. An der Reparationskonferenz werden nur die interessierten europäischen Mächte teilnehmen. Es ist seit gestern gewiß, daß die amerikanische Regierung zu der Lausanner Konferenz keinen offiziellen Vertreter entsenden wird, gleichgültig, ob das Verhandlungsthemata auf die Reparationen beschränkt bleibt oder nicht. Die deutsche Regierung wird in Lausanne durch den Reichsdeputierten vertreten sein, dem die Minister Dietrich und Barmbold zur Seite stehen werden.

Siehe auch zweite Seite

Der Süden Deutschlands, ausgezeichnet durch starke Boharrungskraft, kann umsonnenen Wirren ein stabilisierendes Element darstellen. Deshalb verdienen die Ausführungen des Stadtoberhauptes der bayrischen Hauptstadt besondere Beachtung, auch wenn manche Einzelzettel im Norden anders beurteilt werden.

Die Forderung einer Volksgemeinschaft wird seit Jahren von allen Seiten aus den verschiedensten Gründen erhoben. Das ist es die soziale und wirtschaftliche Not, bald sind es die staatspolitischen Umstände, hin und wieder auch kulturpolitische Einstellungen und Beurteilungen, die diese Forderung erheben lassen. Evident wird jeder Volkstreue und jeder, der es mit der Zukunft des Deutschen Reiches gut meint, in die Forderung einstimmen. Sowieilos ist aber auch heute fieber, daß die Mächten, die die verschiedensten Zwecke bei Erhebung der Forderung hegen, fast voneinander abweisen, und daß jeder nur zu viele in der Volksgemeinschaft eine wertloslose Sinnahme der Bewirkung ihrer Absichten durch die anderen sehen möchte.

Sinn und Wesen einer wahren Volksgemeinschaft haben wir doch alle erlebt in den Augusttagen 1914. Was war der Grundbebanne der damaligen Volksgemeinschaft? Reich und Heimat zu schützen! Es war selbstverständlich, daß diese Aufgabe nur erfüllt werden konnte auf der gegebenen Grundlage der Behaltung des Reiches, der beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Gliederung seiner Bevölkerung und unter Einwirkung der bewährten Einrichtungen, die in Wirtschaft, öffentlichem Leben und im Seereswesen im Laufe der Generationen erstanden waren. Wenn durch die Außerordentlichkeit der Kriegsverhältnisse besondere Maßnahmen und Aenderungen in den Zuständigkeiten notwendig wurden, so wurden sie von allen Seiten willig hingenommen im Bewußtsein über ihrer Aenderung, die abgehelt war auf die Zeit des Notstandes.

Wie so ganz anders sind die Voraussetzungen heute, in einer Zeit, in der der Notstand für die Nation fieberlich und viel geringer ist als in den Jahren des Weltkrieges, und in der die Volksgemeinschaft daher die gleiche Notwendigkeit barstellen würde wie sie eine solche in den Augusttagen 1914 war.

Aber die Einstellung unseres Volkes ist leider grundfahlig anders geworden. Die Kreise, die aus irgendwelchen Gründen absehbare Aenderungen von den für die Leitung der Geschäfte verantwortlichen Stellen haben, sind heute nicht mehr notwendig und unbedenklich, sie sind an Zahl wie an Kraft ihrer Aeußerung außerordentlich gemindert. Der Volkstörper selbst ist nicht mehr so gesund, und zwar so wohl geistig wie körperlich, um diese Kreise abstellen zu können. Vor allem fehlt in meinen Kreisen das Vertrauen in den verantwortlichen Verantwortlichkeiten und zu den Mächten, die diese Vertrauen zu verantworten haben und die sie anwenden. Dieses Vertrauen zu untergraben wurde allerdings in den zurückliegenden Jahren gerade von diesen berufenen Stellen ihrer viel fieberlich verschuldet. Durch politische Parteien, die nach dem Nutzen bestimmend mitgewirkt haben an der Weiterführung des Reiches, wurde dauernd die Forderung aufgestellt und vertreten, daß die neue Zeit unbedingt auch neue Formen für Staat und Gesellschaft brauche. Die so propagierte Forderung der Vergrößerung eines glänzenden Reiches durch ihre Vorgehensweise hat einen glänzenden Aufschwung genommen und im frische überhöhen Verleihen durch sein Volk wölbringen konnte, mußte den Aiberpreuß aller jener Kreise hervorbringen, die übergebet waren, daß auch mit den bisherigen Formen von Reich und Aänderung eine geistliche Arbeit zu leisten wäre. Diese Geistesläge wurde in dem neuen Reiches, je fester das Vertrauen je mehr die parteipolitischen Einheiten und politischen Apparat in die Hand zu bekommen verstanden. Diese Entwicklung verschubte die in der Hauptstadt die Vereinerung Deutschlands in Parteien und Parteigruppen, die nicht mehr Volk und die große Aufgabe der Behaltung von Staat und Volk als höchstes Ziel zu erkennen.

Die Volksgemeinschaft wird diese Gebührensensung zweifellos begrüßen, denn sie kommt jedem einzelnen Staatsbürger gleichmäßig zugute, und vielleicht trägt sie auch dazu bei, den Brief- und Postarten-Verschleiß — der im letzten Jahr um etwa 15 v. S. gestiegen war — wieder zu steigern und damit die Selbstkosten der Reichspost zu verringern.

Die neuen Post-Gebühren

Ermäßigung für Briefe und Pakete — Fernspreckgebühren bleiben

Der Vermaltungsrat der Reichspost hat gestern noch länger Beratung eine Reihe von Gebührensänderungen beschlossen, die sich auf den Brief- und Paketverkehr beziehen. Um einzelnen wiesen sich die Ermäßigungen folgendermaßen aus:

Es werden gekürzt: Die Gebühren für Fernbriefe bis 20 Gramm von 15 auf 12 Spf. die Fernbriefe von 20 bis 250 Gramm von 30 auf 25 Spf., die Gebühren für Briefe über 250 Gramm bleiben unuerändert. Die Fernpostkarte kostet künftig statt 8 nur 6 Spf., die Postkarte mit Antwort fünf 16 nur 12 Spf.

Bei den Paketen werden in Zukunft vom Aiberber lediglich die Beförderungsgebühren und nur im Falle der Zustellung vom Empfänger die Zustellgebühr von 15 Spf. für jedes Paket erhoben. Die Beförderungsgebühren betragen künftig bis zu 5 Spf. in der 1. Zone 30 Spf., in der 2. Zone 40 Spf., und in der 3. bis 5. Zone 60 Spf. Ueber 5 kg. bis 10 kg. werden die Gebühren in der 1. Zone für jedes Kilogramm mit 5 Spf., in der 2. mit 10, in der 3. mit 20, in der 4. mit 30 und in der 5. Zone mit 40 Spf. gekürzt. Bei Paketen über 10 kg. beträgt diese Ermäßigung in der 1. Zone 10 Spf., in der 2. 15, in der 3. 20, in der 4. 25 und in der 5. Zone 30 Spf. Außerdem wird der Fernverpackungsgebühr für Pakete angehoben.

Die Fernsprech- und Telegrammgebühren werden von dieser Gebührensensung nicht berührt. Wegen gewisser technischer Schwierigkeiten in der Durchführung werden die neuen Gebührensätze voraussichtlich erst Mitte Januar in Kraft treten.

führung schwierig oder sogar unmöglich gewesen wäre. Man muß also die Verkürzung auf einige Gebührensarten konzentrieren, um sie überhaupt praktisch fahbar und technisch durchfahbar zu gestalten.

Die Wichtigkeit des Verwaltungsrats scheint sich nun von der psychologischen Wirkung auf die Allgemeinheit des größeren Erfolg verprochen zu haben; ihre Entfcheidung entspricht den Beobachtungen, die wir in der „Woffischen Zeitung“ dargestellt haben. Wie wiesen auf diese psychologische und moralische Wirkung einer Preisabgabe der Preisgebühren hin: jeder Deutsche gibt jährlich im Durchschnitt 100 Briefwendungen auf, würde also in jeder Woche einmal erinnern werden: daß die Post billiger geworden ist!

Trotz solcher Hoffnungen wird man sich nicht darüber täuschen dürfen, daß diese Preis abgabe der Preisgebühren Gebührensensung dem allgemeinen, von der Reichsregierung geforderten Preis-Abbau nur ungenügend folgt. Es wird deshalb in nächster Zeit zu überlegen und zu erörtern sein, ob ein Gebührens-Abbau größeren Umfangs nicht durch Maßnahmen der Reichspost selbst möglich ist, durch Preisabsenkung, Vereinfachung und Senkung der Selbstkosten, durch härtere Gehaltsmäßige-mechende Tätigkeiten, und nicht auf Kosten eines Gebührens-Abbaus der Beamten wie dieses Mal.

k a p.

Schokolade-Preisbindung aufgehoben

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat gestern mit dem Verband deutscher Schokoladenfabrikanten und den Verbänden des Schokoladenhandels über die Preisbindung auf Schokolade, Schokoladenartikeln und Kakao-pulver verhandelt. Der Verband der Schokoladenfabrikanten erklärte in der Befragung, daß die Schokoladen-Industrie keine Preisbindung vornehmen kann, da bereits im ersten Halbjahr 1931 in härterem Umfang eine Preisbindung durchgeführt ist.

Bei diesen Umständen fällt ab 1. Januar 1932 der Preisbindung für die Marktartikel in der Schokoladenbranche. Soweit die Preise fest gebunden waren, hier also die Fabrikation aus, in welcher Industrie wie Handel treten für diese Waren in freier Wettbewerb. Die hierdurch entfallende Preisbindung wird vom Reichskommissar beobachtet werden.

Die Wirtschaft als Trägerin einer Verbilligung aller Rollen wird vielleicht enttäuscht sein und von Verwaltungsweg eine härtere Verbilligung ihrer Wünsche erwarren haben. Aber der Verwaltungsrat war in einer Zwangslage: für die Ermäßigung der Tarife stand insgesamt nur ein Betrag von 125 Millionen auf der Verfügung, und hätte man diese Summe gleichmäßig auf alle Verkehrs-Zweige verteilt, dann hätte sich eine Senkung um nur 5 v. S. bei den meisten und häufigsten Gebührensarten um Bruchteile von Pfennigen ergeben, die in ihrer Wirkung geringfügig, in ihrer Durch-